



HESSISCHER LANDTAG

12. 03. 2009

*Dem
Sozialpolitischen Ausschuss
überwiesen*

**Dringlicher Berichtsantrag
der Abg. Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Fraktion
betreffend "Vorkasse" von Patienten bei der ambulanten
medizinischen Versorgung durch Kassenärzte in Hessen**

In den Medien wird seit einigen Wochen dargestellt, dass Patienten bei ihrem Arztbesuch die Erfahrung machen, dass sie ohne Vorkasse nicht behandelt werden. Sie werden zuerst abgewiesen und müssen dann in Vorleistung treten, um von ihrem Facharzt überhaupt noch behandelt zu werden. Der Hintergrund ist angeblich, dass viele niedergelassene Ärzte durch die Anfang des Jahres in Kraft getretene Honorarreform erhebliche Umsatzeinbußen befürchten.

Die Landesregierung wird ersucht, im Sozialpolitischen Ausschuss über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Sind der Landesregierung die o.g. Vorfälle bekannt?
Wenn ja, um wie viele Fälle von geleisteter Vorkasse handelt es sich?
2. Ist der Landesregierung die Position der Kassenärztlichen Vereinigung zu den o.g. Vorfällen bekannt und wie bewertet sie diese?
3. Ist es zutreffend, dass aufgrund der Honorarreform viele Fachärzte erhebliche Umsatzeinbußen in Hessen zu erwarten haben?
Wie hoch sind nach Erkenntnis der Landesregierung diese Umsatzeinbußen?
4. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass niedergelassene Kassenärzte aufgrund vermuteter Umsatzeinbußen Vorkasse von ihren Patienten verlangen können?
5. Welche Rechtsposition vertritt die Landesregierung
 - a) hinsichtlich des Verhaltens der Kassenärzte,
 - b) gegenüber den Patienten, die die medizinische Behandlung benötigen?
6. Sind der Landesregierung ähnliche Vorfälle aus anderen Bundesländern bekannt und wie bewertet sie diese?
7. Welche Maßnahmen sind nach Auffassung der Landesregierung möglich bzw. notwendig, um die ambulante fachärztliche Versorgung in Hessen sicherzustellen?

Wiesbaden, 11. März 2009

Der Fraktionsvorsitzende:
Tarek Al-Wazir

Kordula Schulz-Asche